

**L8****Abt 12 - Nord-Wedding****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Teure Schuldenfalle stoppen – Dispozinsen gesetzlich begrenzen**

1 Die SPD setzt sich für eine wirksame gesetzli-  
 2 che Begrenzung von Dispositions- und Über-  
 3 ziehungszinsen ein.

4 Die sozialdemokratischen Mitglieder der  
 5 Bundesregierung, der Bundestagsfraktion  
 6 sowie in den entsprechenden Gremien wer-  
 7 den erbeten, folgende Regelung umzusetzen:

8 1. Dispositions- und Überziehungszinsen  
 9 sind allgemein und einheitlich auf ma-  
 10 ximal 2 Prozentpunkte über dem jewei-  
 11 ligen Basiszinssatz der EZB gesetzlich zu  
 12 begrenzen.

13 2. Kreditinstitute sind verpflichtet,  
 14 Kund:innen bei dauerhafter Inan-  
 15 spruchnahme von Dispokrediten auf  
 16 günstigere Alternativen hinzuweisen  
 17 und entsprechende Umschuldungen  
 18 aktiv anzubieten.

19 3. Automatisierte Kündigungen von Dis-  
 20 pokrediten ohne individuelle Prüfung  
 21 und Beratung sind unzulässig.

22

**23 Begründung**

24 Die aktuellen Zinserhöhungen der Europäi-  
 25 schen Zentralbank haben dazu geführt, dass  
 26 Dispositionszinsen vieler Banken auf 9 bis  
 27 12 % angestiegen sind. Besonders betroffen  
 28 sind Haushalte mit geringem Einkommen, die  
 29 häufig auf Dispokredite angewiesen sind.

30 Während wohlhabendere Kund:innen güns-  
 31 tige Kreditkonditionen erhalten, zahlen ein-  
 32 kommensschwache Verbraucher:innen Spit-  
 33 zenzinsen. Diese Praxis verschärft soziale Un-  
 34 gleichheit, fördert Überschuldung und wirkt  
 35 wie ein „Strafzins für Armut“.

36 Eine Begrenzung auf nur 2 Prozentpunkte  
 37 über dem Basiszinssatz stellt sicher, dass Ban-  
 38 ken weiterhin einen Risikoaufschlag verlan-  
 39 gen können, ohne Wucherzinsen zu erheben.  
 40 Zugleich werden Verbraucher:innen effektiv

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

Die SPD setzt sich für eine wirksame gesetzli-  
 che Begrenzung von Dispositions- und Über-  
 ziehungszinsen ein.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der  
 Bundesregierung, der Bundestagsfraktion  
 sowie in den entsprechenden Gremien wer-  
 den erbeten, folgende Regelung umzusetzen:

1. Dispositions- und Überziehungszinsen  
 sind allgemein und einheitlich auf ma-  
 ximal 2 Prozentpunkte über dem jewei-  
 ligen Basiszinssatz der EZB gesetzlich zu  
 begrenzen.

2. Kreditinstitute sind verpflichtet,  
 Kund:innen bei dauerhafter Inan-  
 spruchnahme von Dispokrediten auf  
 günstigere Alternativen hinzuweisen  
 und entsprechende Umschuldungen  
 aktiv anzubieten.

3. Automatisierte Kündigungen von Dis-  
 pokrediten ohne individuelle Prüfung  
 und Beratung sind unzulässig.

4.

41 geschützt und Überschuldungsrisiken redu-  
42 ziert.  
43 Damit wird die SPD ihrem Anspruch gerecht,  
44 soziale Gerechtigkeit auch im Finanzmarkt  
45 durchzusetzen und Verbraucherrechte wirk-  
46 sam zu stärken.